

Samstag, 10:02 Uhr, RuhrCongress Center, großer Saal

»Mir liegt bereits ein GO-Antrag auf Änderung der Tagesordnung vor, eingereicht von der Zentralen Koordination. Nach diesem Antrag soll an den Anfang des heutigen Tages eine Diskussion über das Budget stattfinden. Ich sehe Manuela am Rednerpult, ich nehme an, sie möchte den Antrag begründen.«

»Richtig. Wir möchten im medizinischen Bereich mehr Geld und im Wohnbereich deutlich mehr Geld ausgeben. Im medizinischen Bereich wollen wir die Möglichkeit schaffen, Leute stationär zu behandeln, und beim Thema Wohnen wollen wir auf besser gedämmte Häuser wechseln. Und das bekommen wir nicht mit dem genehmigten Budget und nicht mit den Reserven hin, zumal wir die Reserven ja auch benötigen. Von daher müssen wir leider die Budget-Debatte wieder aufmachen, so zusagen ein Nachtragshaushalt. Wenn wir die beiden Sachen nicht groß diskutieren müssen, dann können wir in 20 Minuten durch sein und uns dann um das Rechtssystem kümmern.«

»Höre ich eine Gegenrede?«

»Formal.«

»Wir pflegen hier die guten alten Traditionen und haben eine formale Gegenrede, wir stimmen also den GO-Antrag ab. Wer ist für die Änderung der Tagesordnung, bitte das Kartenzeichen ... danke, und wer gegen die Änderung der Tagesordnung ist, bitte jetzt das Kartenzeichen. Ok, damit steigen wir jetzt in die Budgetdebatte ein, dafür liegen zwei Anträge vor, wir beginnen mit dem Antrag auf Erhöhung des Budgets im medizinischen Bereich. Der Antragsteller, unser Arzt Dr. Matthias Dräger hat das Wort.«

»Danke, und gerne auch mit vereinfachter Anrede. Wir haben bislang mit dem Budget die Möglichkeit geschaffen, Leute ambulant zu behandeln. Ich bin von der Ausbildung her Notfallmediziner, wir haben einen Zahnarzt gefunden, und wir suchen noch jemand für das Thema Gynäkologie. Kleine Anmerkung am Rande: Wir suchen dringend. Bitte fragt auch alle mal im Freundes- und Familienkreis rum, wir suchen dringend eine Gynäkologin oder einen Gynäkologen.

Zurück zum Thema: Was wir derzeit nicht können, ist die stationär Aufnahme, da fehlt einfach der Platz. Bislang sind nur drei etwas größere Container geplant, also drei Behandlungszimmer. Wir haben auch noch keinen Platz für ein Labor, Anmeldung und Wartebereich wäre nicht getrennt, was aus Gründen des Datenschutzes eigentlich gut wäre, alles unschön, aber untergeordnete Probleme. Das eigentliche Problem ist: Wir können niemand stationär legen. Wenn wir zum Beispiel jemand haben mit einem Beinbruch, dann läuft der oder die dann wieder zurück in das jeweilige Dorf und lebt dann wieder im Zelt. Auch Leute, die schwer erkältet sind, müssten wir im Winter wieder in ihr Zelt schicken, wenn die noch nicht in einem Holzhaus sind. Wir können auch keine Patienten monitoren, also die Vitalfunktionen überwachen.

Sprich: Wir müssten schon recht bald Patienten an die nächste Klinik abgeben, damit solche

Sachen funktionieren. Und da haben wir dann das Problem des Transportes, der Sprachbarriere und nicht zuletzt der Kosten. Jeden, den wir verlegen müssen, verursacht dann erst mal Kosten. Von daher müssen wir so oder so den Etatansatz erhöhen, entweder für die Räumlichkeiten, oder aber für externe Behandlungen. Zur Orientierung: In Deutschland haben wir knapp 8 Klinikbetten pro 1000 Einwohner. Wir haben derzeit gar keinen.

Was ist nun der Vorschlag: Wir besorgen uns eine Containeranlage und richten uns ein kleines Krankenhaus ein. Könnte ich bitte das Bild mal auf den Beamer bekommen ... Danke. Das ist das Teil, das wir jetzt für ein paar Tage reservieren konnten. Wir haben rechts unten grün markiert die Anmeldung und das Wartezimmer als getrennte Räume. Gelb haben wir zwei Doppelcontainer als normale Sprech- und Behandlungszimmer für zwei Ärzte, Zahnarzt kommt nach unserer Planung nicht in diese Containeranlage. Rot haben wir dann einen Dreifachcontainer für die Notfallbehandlung, gerade bei schweren Verletzungen haben wir mehr als eine Person am Patienten, und dann brauchen wir Platz.

Blau sind die normalen Krankenzimmer, wir haben drei normale Container mit zwei Betten, sowie ein Doppelcontainer mit zwei Betten, das wird sozusagen unsere Intensivstation, da werden wir also Patienten monitoren können. Violett ist das Labor mit einer kleinen Besprechungsecke, grau die Toiletten.

Die gute Nachricht: Wir haben die Leute, um das adäquat betreiben zu können, jetzt mal abgesehen von der Gynäkologin oder dem Gynäkologen, die oder den wir immer noch suchen. Habe ich schon erwähnt, dass Ihr alle in Eurem Familien- und Freundeskreis rumfragen sollt? Macht das bitte auch.

Die weniger gute Nachricht: Diese Containeranlage, auch wenn sie gebraucht ist, kostet doch deutlich mehr als die beiden Container, die wir dann nicht mehr brauchen. Konkret: Wir reden von Mehrausgaben in Höhe von 70.000 Euro. Das ist einerseits eine Menge Geld. Andererseits hat sich das womöglich innerhalb eines Jahres amortisiert, weil wir weniger Leute nach extern verlegen müssen. Für externe Behandlungen haben wir bislang 120.000 Euro pro Jahr eingeplant, und diesen Ansatz sollten wir möglicherweise verdoppeln, zumindest aber auf 200.000 Euro erhöhen, wenn wir niemand stationär legen können.

Der Vorteil, wenn wir das selbst machen können, wären die kurzen Wege und dass wir dann keine Sprachbarriere haben. In einem moldawischen Krankenhaus zu liegen, und das Personal dort kann auch nur teilweise Englisch, ist möglicherweise nicht so toll.

Der Idealfall wäre selbstverständlich, dass für die medizinische Versorgung gar keine Kosten anfallen. Bei einer Personenzahl von 1000 aber ist das hinreichend unwahrscheinlich. Von daher wäre ich da gerne gut aufgestellt.«

»Danke Matthias. Wir beginnen nun die Diskussion mit den Verständnisfragen am Saalmikrofon. Bitteschön.«

»Wenn ich mich korrekt erinnere, hatten wir in den ersten Monaten ja keine finanziellen Spielräume mehr. Korrekt? Wir müssten also etwas anderes streichen, korrekt? Was soll das sein?«

»Da übergebe ich mal an Manuela.«

»Ja, das wäre mal wieder ein Thema für eine Etatverschiebung, da würden dann Häuser etwas

später bestellt. Nicht schön, aber angesichts dessen, was wir im Bereich Wohnen haben, dann eher eine Bagatelle. Konkret: Wir reden hier von Mehrausgaben von 70.000 Euro, bei den Häusern reden wir von Mehrausgaben von 1.600.000 Euro. Oder wenn wir die bisher geplanten nehmen und besser isolieren von 200.000 Euro.«

»Danke, der Nächste bitte.«

»Sehe ich das richtig, dass wir ein Behandlungszimmer für eine Gynäkologin vorsehen, obwohl wir noch keine gefunden haben?«

»Das ist korrekt. Wir werden aber jemand finden müssen, das ist quasi alternativlos.«

»Danke, die Nächste bitte.«

»Wir brauchen doch da nicht nur Räume. Kommt als nächster Etat-Änderungsantrag dann die Ausstattung?«

»Was wir zwingend an Ausstattung brauchen, ist bereits mit dem bisherigen Budget abgedeckt. Gebrauchte Krankenhausbetten sind nicht teuer, für die Anmeldung klauen wir uns einen Biertisch, und die Bänke dazu stellen wir uns das Wartezimmer. Und dann schauen wir, dass wir so nach und nach ergänzen.«

»Damit sind wir mit den Verständnisfragen durch. Ich würde jetzt gleich mal ein Meinungsbild machen. Wenn das so ausgeht, wie ich erwarte, dann machen wir erst mal nur Redebeiträge dagegen. Also Meinungsbild: Wer würde nach aktuellen Stand der Diskussion dem Antrag zustimmen, bitte das Kartenzeichen ... Wer würde aktuell dem Antrag nicht zustimmen ... Dankeschön, das ist in etwa so ausgegangen, wie ich es erwartet habe. Jetzt also bitte mal nur Redebeiträge gegen diesen Antrag ... bitte einfach am Saalmikrofon anstellen ... Okay, damit können wir wohl gleich zur Abstimmung kommen. Wer für den Antrag ist, also Mehrausgaben von 70.000 Euro, damit wir uns ein kleines Krankenhaus hinstellen können, inklusive einer Budgetverschiebung zu Lasten der Häuser, der hebe bitte jetzt seine Stimmkarte ... dankeschön, wer ist gegen den Antrag ... damit ist der Antrag angenommen und wir kommen zum nächsten Antrag. Manuela bitte.«

»Wir haben ein Problem mit den Holzhäusern, die wir bislang vorgesehen hatten, genau genommen mit deren Isolierung. Die Häuser waren im Netz mit 70 mm Wandstärke angeboten, das stimmte aber nur für die Seitenwände, nicht aber für das Dach, da haben wir nur 22 mm. Das ist jetzt blöd, weil Wärme nach oben steigt. Das heißt, unsere ganzen Berechnungen bezüglich des Wärmebedarfs sind Makulatur.

Wir haben jetzt zwei Möglichkeiten: Wir versuchen, das selbst zu isolieren. Glaswolle oder so an die Decke und dann wieder Latten drunter. Da reden wir von vielleicht 1.000 Euro pro Haus, also von 200.000 Euro. Schwierigkeit: Wir wissen nicht, wie gut das funktioniert. Ob wir da Wärmebrücken bauen. Wie schnell wir damit sind.

Die andere Möglichkeit, und die wird von uns gerade präferiert: Wir wechseln auf ein anderes Modell: Da haben wir eine Wandstärke von zwei mal 44 mm und 100 mm Glaswolle dazwischen. Das wäre von der Dämmung her eine ganz andere Liga, da käme man wohl ungeheizt über den Winter, wenn man das mit fünf Personen belegt.

Dieses Modell haben sich auch schon Leute von uns angeschaut und für gut befunden. Der Hersteller würde für uns auch eine Modifikation vornehmen: Zwei Fenster weniger, also auch

zweimal Isolationsproblem weniger, und dafür eine große Liegefläche, so dass man mit den Luftmatratzen etwas erhöht liegt und darunter Gepäck verstauen kann. Insgesamt wäre das ein deutlicher Fortschritt.

Und jetzt kommen wir zum großen Aber: Diese Häuser sind deutlich teurer. Mit Transport und Fundament reden wir über 20.000 Euro pro Haus. Damit wäre der Budget-Ansatz nicht mehr 2.400.000 Euro, sondern 4.000.000 Euro. Also Mehrkosten von 1.600.000 Euro. Und damit zieht sich das deutlich hin, bis wir alle Häuser haben. Nach unserer Planung bis in den Juni. Das ist auch dem geschuldet, dass wir im Februar kräftig Elektro-Traktoren nebst Photovoltaik besorgen wollen, sonst haben wir noch mal so eine Aktion mit Schaufel und Hacke, und das wollen wir eigentlich nicht, wenn den Leuten der Winter noch in den Knochen steckt.«

»Danke Manuela. Wir kommen nun zu den Verständnisfragen, wie immer am Saalmikrofon. Bitteschön.«

»Wir hatten ja beim letzten Mal schon die Idee, die Häuser zunächst stärker zu belegen. Bis wann wäre man dann aus den Zelten in die Häuser umgezogen.«

»Da muss ich meinen Joker ziehen.«

»Also, wenn wir drei weitere Personen pro Haus vorsehen, mit Luftmatratze auf dem Boden, dann wären wir bei 8 pro Haus und hätten 960 Personen bereits im Januar unter gebracht. Da wir im Februar ja die Traktoren besorgen wollen, dann allerdings die letzten 40 erst im März. Wobei ich da wahrscheinlich einen Traktor vom Februar in den März schieben würde und dann bereits in den ersten Tagen des Februars alle untergebracht hätte.

Mit acht Personen pro Haus kann man zumindest noch ganz ordentlich laufen. Wir könnten auch mit zehn pro Haus belegen. Dann wird der Weg zu manchen Schlafplätzen doch sehr schmal, aber es geht irgendwie. Wir hätten dann zumindest noch so viel Bewegungsfläche, dass sich drei Personen gleichzeitig umziehen können, also im Stehen und nicht auf der eigenen Matratze, wenn sie einigermaßen rücksichtsvoll sind. Mit zehn Personen pro Haus hätten wir 970 Personen im Dezember und die letzten 30 Anfang Januar.

Und wenn wir ganz extrem werden, dann belegen wir jedes Haus mit elf Personen. Da kann sich dann nur noch eine Person im Stehen umziehen. Da hätten wir wohl so Mitte Dezember alle in den Holzhäusern.

Wobei wir jetzt auch noch so ein paar Parameter haben, mit denen wir jonglieren können. Wir haben ein paar Leute, die nachts Wache schieben, die können sich ja Schlafplätze mit anderen teilen, Prinzip warme Koje. Vielleicht wird der eine oder andere freie Teilnehmer in seinem Tiny House jemand Asyl gewähren, in welchem konkreten Grad der persönlichen Beziehung auch immer. Vielleicht ist auch das Krankenhaus nicht komplett voll, oder man pennt da mit der Luma auf dem Boden im Flur. Und es werden wohl auch ein paar Leute ihre Urlaubstage im Winter nehmen, zum Beispiel um über Weihnachten ihre Familie zu besuchen.

Der langen Rede kurzer Sinn: Wenn wir kreativ und solidarisch an diese Aufgabenstellung heran gehen, dann haben wir wahrscheinlich im Laufe des Novembers alle Leute aus den Zelten, zumindest alle, die wollen.«

»Die Nächste bitte.«

»Mit fünf wäre ja so ein Haus auch noch ganz ordentlich belegt. Hätten wir im Budget noch die

Luft, wenn wir denn das beschließen, auf eine Belegung von vier, drei oder zwei zu kommen?«
»Für vier pro Haus bräuchten wir 250 Häuser statt 200, 50 zusätzliche Häuser würden uns exakt eine Million kosten, wir haben noch rund 1.100.000 Euro nicht verplant, das würde also gehen. Mit drei pro Haus bräuchten wir 333 Häuser statt 200, also 133 zusätzliche Häuser, also knapp 2,7 Millionen mehr. Das bekommen wir nicht mehr in den Etat gezirkelt. Für diesen Schritt müssen wir auf kräftige Steuereinnahmen hoffen. Und vielleicht auch darauf, dass Teilnehmer, die sich selbständig machen, wirtschaftlich so erfolgreich werden, dass sie sich ihr eigenes Häuschen leisten, die brauchen wir dann schon nicht mehr unterbringen. Deswegen reite ich ja auch so gerne auf der Entwicklung der Binnenwirtschaft drauf herum.

Der Vollständigkeit halber: Die Belegung der Häuser mit zwei Personen, wir brauchen 500 Häuser statt 200, also 300 zusätzliche Häuser, also 6.000.000 Euro mehr. Wenn wir gut sind, ist das am Ende der drei Jahre in Reichweite.«

»Damit scheinen wir mit den Verständnisfragen durch zu sein. Wir beginnen mit der Diskussion. Vorab noch eine Frage: Ihr habt ja als Alternative vorgestellt, dass wir die Häuser selbst isolieren könnten. Ist das also ein Antrag mit zwei Varianten?«

»Nein, von uns kommt nur der Antrag, das gleich richtig zu machen. Die Alternative haben wir, sagen wir mal, aus Transparenzgründen vorgestellt, aber wir können nicht beurteilen, ob das gut genug funktioniert, und wollen es deswegen nicht beantragen. Es bleibt jedoch jedem Teilnehmer überlassen, das als Antrag einzubringen.«

»Ok, wir diskutieren also erst mal nur über den Antrag, auf das andere Modell zu wechseln, verbunden mit Mehrkosten von 1,6 Millionen Euro. Redebeiträge bitte am Saalmikrofon. Bitteschön.«

»Wenn ich das recht sehe, dann wird es zwar im ersten Jahr etwas kuschelig, so mit elf Personen pro Haus, wenn es kalt werden sollte. Im Frühjahr könnte man da ja auch wieder zurück ins Zelt. Aber dann wäre das Thema für die kommenden Jahre abgehakt, und wir könnten auch weniger dicht belegen, ohne dass wir gleich in ein Heizungsproblem laufen. Von daher würde ich dem Antrag zustimmen.«

»Die Nächste bitte.«

»Was spricht denn dagegen, im nächsten Frühjahr auch noch mal Feldarbeit zu machen und die Traktoren in den Sommer zu schieben? Vielleicht tut es nach einem Winter, bei dem man nicht viel zu tun gehabt hat, ganz gut, mal wieder etwas körperlich zu arbeiten.«

»Das ist so eine halbe Verständnisfrage. Möchte der Antragsteller darauf antworten?«

»Nur so viel: Die Entscheidung müssen wir nicht jetzt treffen, die können wir bis vielleicht Anfang Januar aufschieben. Das ist auch keine Entweder-Oder-Entscheidung, wir könnten uns auch dazu entscheiden, keine zehn, sondern nur fünf Traktoren zu kaufen, und die anderen erst im Sommer, wenn wir dann alle Häuser haben. Dann haben wir bereits Erfahrungswerte, wie sich Feldarbeit anfühlt und ob wir das noch mal machen wollen.«

»Der Nächste bitte.«

»Wie viele Traktoren sollen denn im Februar besorgt werden?«

»Derzeit sind zehn Stück geplant, also zwei für jedes Dorf. Die werden dann auch primär für die Landwirtschaft eingesetzt, während die zwei Traktoren, die wir August und September haben

wollen, eher für logistische Aufgaben eingesetzt werden: Transport der Container, Transport zwischen den Dörfern, Abtransport von Abwasser.«

»Nachfrage: Wenn ich das richtig im Kopf habe, dann haben wir pro Dorf 128 Personen in der Landwirtschaft. Die wollen wir durch zwei Traktoren ersetzen?«

»So ist der Plan. Ein Traktor hat 40 PS, plus 15 PS für die Hydraulik, die aber beim Pflügen uninteressant ist. Mit 40 PS hat der Traktor wohl mehr Power als 60 Personen, auch wenn die motiviert sind. Ein Schwachpunkt könnte die Energieversorgung mit Photovoltaik sein, da haben wir noch keine Erfahrungswerte. Möglicherweise werden wir weitere Panels brauchen, um in den schwächeren Monaten genügend Strom zu haben.

Hinzu kommt, dass die Traktoren ja nicht die komplette Landwirtschaft machen sollen, sondern nur die schweren Arbeiten, also insbesondere pflügen, vielleicht werden wir statt dessen auch mit einer Bodenfräse arbeiten, das ist noch nicht festgelegt. Schlussbemerkung: Vom Budget her könnten wir auch dann, wenn die Häuser nicht mit nur vier belegt werden, auch noch mal zehn weitere Traktoren besorgen. Nach meiner Kalkulation können wir die aber nur dann sinnvoll einsetzen, wenn wir landwirtschaftliche Produkte exportieren können.«

»Die Nächste bitte.«

»Auch hier wieder die Frage: Was ist Euer Plan B, wenn wir dem Antrag nicht zustimmen?«

»Dann gilt der zunächst beschlossene Budget-Ansatz und wir kaufen Häuser, die im Winter nicht warm genug sind. Das wird wohl nicht lebensbedrohlich, wir würden dann so agieren, wie wir auch bei Personen im Zelt agieren würden, wenn es sehr kalt wird: Auf die Nacht bekommen alle Teilnehmenden einen Liter heißen Tee und einen Liter heißes Wasser in die Trinkflasche, auf dass sie diese als Wärme flasche in den Schlafsack legen. Das dürfte in einem Holzhaus dann viel angenehmer sein als in einem Zelt.

Möglicherweise bekommen wir dann auch zumindest das Budget für zusätzliche Isolierung durch. Dann würde das noch etwas besser. Allerdings wäre das ein Problem, das wir dann in jedem Winter wieder haben werden, und wir haben ja gesagt, dass wir dieses Projekt auf Dauer anlegen wollen. Zudem: Gute Isolierung verhindert auch, dass es im Sommer sehr heiß wird. Von daher spricht viel dafür, das jetzt trotz aller Schwierigkeiten gleich richtig zu machen.«

»Der Nächste bitte.«

»Ich bin gegen den Antrag. Wenn ich das richtig rechne, dann braucht unser medizinischer Bereich pro Jahr 300.000 Euro, Gehalt der Ärzte, Material, Fremdarbeiten. Was wir jetzt an Mehrkosten für die Häuser vorsehen, ist mehr als fünf Jahre komplette medizinische Versorgung, das steht in keinem Verhältnis.«

»Der Nächste bitte.«

»Es ist vermutlich unklug, sich 200 nicht gut isolierte Holzhäuser hin zu stellen, und dann später weiter zu isolieren. Ok, man könnte dann als zusätzliche Holzhäuser, wenn wir weniger dicht belegen wollen, die gut isolierten verwenden, und immer dann, wenn Geld da ist, gut isolierte Häuser nachkaufen, bis man dann irgendwann die schlecht isolierten gar nicht mehr verwendet. Oder vielleicht Ferienhäuser für den Sommer draus macht. Oder als Gewerberäume verwendet. Die Frage ist aber, ob dafür 200 Häuser nicht ein wenig viel sind.«

»Die Nächste bitte.«

»Stimmen die 300.000 Euro pro Jahr für den medizinischen Bereich, und wie ist geplant, die für die Folgejahre aufzubringen, wenn TeleGermania uns nichts mehr bezahlt?«

»Die 300.000 Euro stimmen, zumindest sind sie unser aktueller Etat-Ansatz. Ob die Zahlen stimmen, werden wir eh erst in der Praxis sehen. Es kommt zumindest von unserem Arzt kein Widerspruch, zumindest wenn wir jetzt seinem Vorschlag mit der großen Containeranlage gefolgt sind.

Um die aufzubringen, brauchen wir 300.000 Euro Steuereinnahmen, also müssen Steuerpflichtige 1.200.000 Euro Umsatz machen. Das sind etwa 20 durchschnittlich verdienende IT-Leute, die remote arbeiten.«

»Wenn ich ergänzen darf: Wenn wir dem Antrag so zustimmen, dann haben wir noch rund 1.760.000 Euro übrig. Davon ziehen wir noch mal 650.000 Euro für zehn weitere Traktoren ab, haben wir noch etwa 1.100.000 Euro übrig und sind Anfang Juni. Wir haben dann diverse Erfahrungswerte, auch bezüglich der Kosten der medizinischen Versorgung und der Höhe der Steuereinnahmen.

Und dann treffen wir eine Entscheidung. Wenn sich dann abzeichnet, dass wir mit den Steuereinnahmen knapp sind, dann gehen wir auf Nummer sicher: Wir stellen die 1.100.000 Euro in die Rücklagen, damit können wir dann nicht nur für die restlichen beiden Jahre die medizinische Versorgung gewährleisten, sondern auch Internet, ein bescheidenes Taschengeld und so weiter. Dann schaffen wir auf jeden Fall diese drei Jahre, für die wir uns verpflichten, und alles andere wird sich dann finden.

Wenn sich abzeichnet, dass wir mit den Steuereinnahmen hin kommen, dann schauen wir, ob wir mit den Traktoren hin kommen. Wenn nicht, dann kommen weitere Traktoren. Und wenn wir keine Traktoren brauchen, dann kommen 50 weitere Häuser, und wir können mit vier statt mit fünf Personen belegen.«

»Die Nächste bitte.«

»Müssen wir die Entscheidung eigentlich heute treffen? Wir fangen doch ohnehin erst im September an, die Häuser zu beschaffen. Da könnten wir das doch noch eine Weile lang im Forum diskutieren und dann dort unten final entscheiden.«

»Wir sind bei dem Plan geblieben, ein erstes Haus bereits im August zu beschaffen, entsprechend haben wir den Etat dafür auch erhöht, das Sägewerk in den September geschoben, bleibt immer noch ein kleines Minus, aber das beträgt keine 5% unserer Reserven, deswegen fangen wir jetzt keine Etat-Umschichtungen an.

Ja, wir haben das Haus bereits beim Hersteller besichtigt. Aber wir haben es nicht selbst aufgebaut, und mit dem Hersteller sind ja auch Änderungen besprochen worden. Von daher wollen wir auf Nummer sicher gehen und uns ein Haus vorab hinstellen.«

»Nachfrage: Wäre es dann nicht sinnvoller, sich von beiden Varianten jeweils ein Exemplar hin zu stellen, vielleicht beim günstigen Haus selbst noch zu isolieren, dann können wir das alle mal besichtigen, und dann treffen wir auf einer viel besseren Informationslage eine Entscheidung.«

»Das wäre ... zumindest mal eine Überlegung ... GO-Antrag auf fünf Minuten Pause, ich würde das gerne in der ZeKo mal kurz abstimmen. Alle von der ZeKo bitte kurz mal hier vor zur Bühne.«

»Wir haben einen GO-Antrag auf fünf Minuten Pause, den lasse ich gleich abstimmen. Wer für fünf Minuten Pause ist, damit sich die zentrale Koordination kurz abstimmen kann, bitte jetzt das Kartenzeichen ... Wir machen die Gegenprobe ... Wer ist gegen fünf Minuten Pause ... Ok, eine Mehrheit was dafür, wir unterbrechen kurz.«

»Also, kurz in die Runde: Was spricht dagegen?«

»Zwei Dinge, aber meiner Ansicht nach sollten wir das trotzdem tun. Erstens: Wir müssen da an die Reserven, etwa ein Sechstel, das ist gerade im ersten Monat unschön, aber verantwortbar. Und dann verzögert sich die Entscheidung, die Hersteller können erst später mit der Produktion anfangen. Aber wir haben für September ohnehin nur acht beziehungsweise 13 Häuser im Budget, das wird die Hersteller nicht vor große Probleme stellen, und uns nicht, wenn die Häuser erst Ende September oder gar erst im Oktober stehen.«

»Was machen wir mit der 70mm-Variante, wenn sie sich nicht zum Wohnen eignet?«

»Wird ein Verwaltungsgebäude. Vielleicht ein Gerichtssaal. Oder was auch immer.«

»Also Befürworten? Höre ich Widerspruch?«

»Antrag zurückziehen, neuer Antrag: Von jedem Exemplar jeweils ein Stück besorgen, Entscheidung verschieben.«

»Okay. Lassen wir sie nicht länger warten. Schreibst Du den neuen Antrag runter und schickst ihn an das FrontOffice?«

»Ja, mach ich.«

»Die Pause ist nun zu Ende, ich sehe Manuela schon wieder am Rednerpult, bitte wieder die Plätze einnehmen und die Gespräche einstellen. ... Das darf noch deutlich leiser werden, private Gespräche gerne draußen fortführen ... Manuela.«

»Wir befürworten die eben gemachte Anregung. Konkret: Wir ziehen den bisherigen Antrag zurück und stellen einen neuen: Beschaffung von je einem Exemplar und ansonsten Verschiebung der Entscheidung, bis die beiden Muster stehen und wir uns die angeschaut haben. Friedrich reicht gerade den Antrag schriftlich ein, da mag der Wortlaut leicht abweichen, aber es ist ja klar, was gemeint ist.

Wir haben bei dem neuen Antrag zwei kleinere Nachteile, die wir jetzt auch gleich transparent machen. Erstens: Wir müssen an den Reserven des Monats August. Das tun wir sehr ungern, weil es der erste Monat ist, wir noch keine Erfahrungswerte haben, wie gut unsere Budget-Ansätze funktionieren, was wir noch für Überraschungen erleben, und so weiter. Allerdings reden wir nicht über unsere gesamten Reserven, sondern von rund 15% davon. Das halten wir für verantwortbar, und auch für sinnvoll angesichts der wirklich großen Summe, die wir in diese Häuser stecken wollen.

Zweitens: Wir bekommen eine leichte Verzögerung beim Bau dieser Häuser, weil wir die Entscheidung dann ein wenig später treffen. Aber das betrifft den September, da sind die Temperaturen noch hoch, da ist die Übernachtung im Zelt kein Problem.

Der langen Rede kurzer Sinn: Wir bedanken uns für die Anregung und würden das gerne so machen.«

»Wir beginnen dann erst mal mit den Verständnisfragen, wie immer am Saalmikrofon. Bitte sehr.«

»Was soll mit den beiden Musterhäusern dann passieren?«

»Grundsätzlich sollten die sich beide zum Wohnen eignen und wir bringen da erst mal Leute unter. Wenn wir das schlechter isolierte Haus auf Dauer nicht zum Wohnen nutzen wollen, dann machen wir ein Verwaltungsgebäude draus. Vielleicht einen Gerichtssaal, das können wir dann entscheiden, wenn die Entscheidung ansteht.«

»Der Nächste bitte.«

»In welches Dorf kommen die beiden Häuser?«

»Die sollen von allen besichtigt werden können, also sollten sie zentral liegen, also im Zentrum. Auch vor dem Hintergrund, eines gegebenenfalls als Verwaltungsgebäude nutzen zu wollen.«

»Ich finde die Idee klasse, sich die erst mal anschauen zu können, bevor man entscheiden muss.«

»Das war jetzt eigentlich keine Verständnisfrage. Die Nächste bitte.«

»Was machen wir, wenn beide Häuser nichts taugen?«

»Dann freuen wir uns, dass wir das rechtzeitig erkannt haben, und ärgern uns, dass wir neu nachdenken müssen.«

»Damit sind wir mit den Verständnisfragen fertig. Ich würde gerne erst mal ein Meinungsbild machen, und dann schauen wir mal, ob wir überhaupt noch debattieren wollen. Wer nach derzeitigem Stand der Diskussion dem Antrag zustimmen würde, hebe bitte jetzt die Stimmkarte ... wer den Antrag ablehnen würde, bitte jetzt die Stimmkarte ... Der Antrag würde derzeit mit sehr großer Mehrheit angenommen. Von daher bitte ich nun erst mal nur Contra-Beiträge ans Saalmikrofon. Wer gegen den Antrag argumentieren möchte, bitte an das Saalmikrofon. ... Das habe ich in etwa so erwartet. Von daher würde ich nun gleich abstimmen lassen: Wer für den Antrag ist, also sich jeweils eines der beiden Modelle mal hinstellen, sich die genau anzusehen, und dann die Entscheidung zu treffen, der hebe bitte jetzt die Stimmkarte. ... Wer dagegen ist, bitte jetzt ... Ok, damit ist der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt erledigt, und wir kommen nun zum nächsten, nämlich Verabschiedung einer Verfassung. Ich rufe die AG Recht auf die Bühne. Bitte sehr.«

»Grüezi mitenand. Wir würden gerne zunächst den Namen unserer autonomen Region klären. Wir haben unsere anderen Texte dahingehend vorbereitet, dass wir einen beschlossenen Namen kurzfristig einfügen können, deshalb wollen wir das vorher klären.

Wir haben gleich zwei Vorschläge mitgebracht. Der eine lautet *Autonome Region Zalucha*, das wäre der geographisch korrekte Name, der andere wäre *Autonome Region Utopia*, das referenziert darauf, dass wir hier die Blaupause für eine bessere Welt erstellen wollen. Gibt es weitere Vorschläge?«

»Wer weitere Vorschläge hat, darf diese gerne am Frontoffice einreichen, elektronisch oder dort zu Protokoll geben. Ich lesen mal vor, was uns bislang bereits erreicht hat: Deutsche Demokratische Republik, Sozialistische Region Moldawien, Schlumpfhausen, Freie Republik Nerdistan, Republik for Future.

Mein Vorschlag wäre, dass wir diese Vorschläge jetzt auf den Beamer bringen ... ach ja, ist ja schon passiert, und dass wir jetzt zehn Minuten Pause machen, für weitere Vorschläge. Dann machen wir ein Meinungsbild über alle Vorschläge und diskutieren dann nur noch über die etwa

drei beliebtesten Vorschläge. Etwa drei deshalb, damit wir im Zweifelsfall kein Meinungsbild auszählen müssen, sondern dann halt über vier Vorschläge diskutieren. Oder nur über zwei Vorschläge, wenn nur zwei Vorschläge eine starkes Abstimmungsergebnis hatten.«

»Ich lasse nun die Versammlung über diesen Verfahrensvorschlag abstimmen: Wer ist dafür, dass wir so verfahren, also zehn Minuten Pause für weitere Vorschläge, dann Meinungsbild, dann Diskussion über die etwa drei stärksten Vorschläge, der hebe bitte jetzt die Stimmkarte ... wer dagegen ist, bitte jetzt die Karten hoch ... Ersteres war die Mehrheit, also haben wir jetzt zehn Minuten Pause.«

Samstag, 11:13 Uhr, RuhrCongress Center, Foyer

»Frau Grundmann, wenn ich Sie hier gerade sehe...«

»Herr Fischer, ja, ich habe Ihre Mail noch nicht beantwortet. Wollen wir das gleich hier klären?«

»Deswegen sprach ich Sie an.«

»Sie wollten wissen, wo wir unser Senderzentrum planen. Wollen wir uns das eben auf Google Maps ansehen?«

»Gerne, kleinen Moment ... Den Tab habe ich ohnehin immer offen ... Sie sind über unsere Planung orientiert?«

»Wir verfolgen zumindest die Sitzungen der zentralen Koordination.«

»Dann wissen Sie sicher, dass wir hier das Zentrum und dort das Dorf Elektro haben.«

»Dann könnten wir zum Beispiel hier unser Sendezentrum hinstellen. Wir hätten das gerne an diesem Weg, weil wir uns ja auch mit dem Fahrzeug versorgen müssen.«

»Auch mit Elektro-Antrieb, nehme ich an.«

»Ja, sicherlich, wir wollen ja nicht, dass da versehentlich Verbrenner- Fahrzeuge ins Bild geraten.«

»Also in etwa hier - ab wann werden die Container stehen?«

»Zugesagt wurde uns nun Donnerstag, 22 Juli.«

»Mit der Wasserversorgung sind wir dann vielleicht eine Woche später so weit.«

»Ein paar Tage werden wir uns sicher anders behelfen können.«

»Wir werden ein wenig Strom für die Brunnenpumpe brauchen und für die Entkeimung, der würde dann schon zur Verfügung stehen?«

»Ich hoffe doch, wir wollen ja da auch schon produzieren. Wie sieht es eigentlich mit den LKW des Vorauskommandos aus: Besteht da die Möglichkeit, einen Kameramann zu platzieren?«

»Wir brauchen die drei Plätze für die Leute, die dort runter fahren. Und womöglich wollen die auch nicht die ganze Zeit gefilmt und belauscht werden.«

»Wenn wir jetzt eine Person durch den Kameramann austauschen und die im Begleitfahrzeug mitfahren lassen? Zumindest für eine gewisse Zeit? Wir brauchen halt ein wenig Material, damit wir diese Sendung teasern können.«

»Sie wollen da jedem LKW ein Begleitfahrzeug mit eigenen Leuten hinterher schicken?«

»Wir müssen ja auch die eigenen Leute da runter bringen.«

»Wobei wir an unterschiedlichen Tagen anreisen werden.«

»Das ist durchaus bekannt, und auch wir würden unser Sendezentrum so nach und nach hochfahren.«

»Okay, sagen wir mal: Für eine gewisse Zeit. Die Mitfahrenden sollen auch mal die Chance auf ein privates Wort haben.«

»Wir überlegen uns mal, welche Teilstrecken sich landschaftlich eignen würden. Und die Verladeaktionen würden wir dann gerne auch drehen.«

»Die werden ja primär auf Firmengrundstücken unserer Lieferanten stattfinden.«

»Die üblicherweise nichts gegen ein wenig Publicity haben. Aber klar: vorbehaltlich deren Zustimmung.«

Samstag, 11:42 Uhr, RuhrCongress Center, großer Saal

»So, damit stimmen wir nun die beiden Varianten gegeneinander ab und kommen dann zur Schlussabstimmung. Wer ist für Variante A *Autonome Region Zalucha*, bitte nun das Kartenzeichen ... Danke, wer ist für Variante B, *Autonome Region for Future*, bitte nun das Kartenzeichen ... Danke. Der Wahlleiter und ich sind uns einig: Variante A hat eine Mehrheit. Wir kommen nun zur Schlussabstimmung: Wer dafür ist, dass wir die *Autonome Region Zalucha* werden, bitte jetzt das Kartenzeichen ... Danke, Gegenprobe, wer ist dagegen ... Danke, damit haben wir einen Namen.

Damit kommen wir zur Verabschiedung einer Verfassung, bitte wieder die Arbeitsgruppe Recht.«

»Hallo zusammen. Für diejenigen, die mich noch nicht kennen, ich bin die Frieda Häfele und studiere Jura in Freiburg und habe in der Arbeitsgruppe Recht primär den Verfassungsentwurf betreut. Ursprünglich wollten wir das deutsche Grundgesetz als Grundlage nehmen, ich habe aber dann mehr aus Neugier mal auch in die Schweizer Verfassung geschaut, weil wir ja auch direktdemokratische Elemente haben wollen, und da sehr schnell gemerkt, dass die Schweizer Verfassung für unser Vorhaben die bessere Basis ist.

Und von daher ist unser Verfassungsvorschlag jetzt erst mal von der Schweizer Verfassung gecopypastet und auf unsere Bedürfnisse angepasst. Wäre es ok, dass wir jetzt einfach Kapitel für Kapitel durch unseren Vorschlag gehen und den beschließen?«

»Das halte ich für einen brauchbaren Verfahrensvorschlag, würde der guten Form halber ihn jedoch vom Plenum abstimmen lassen. Wer dafür ist, dass wir jetzt Kapitel für Kapitel durch den Verfassungsvorschlag gehen, hebe bitte jetzt die Stimmkarte ... Gegenprobe, wer ist dagegen ... Ok, dann machen wir das so. Bitteschön.«

»Wir beginnen mit der Präambel. Die brauchen wir nicht zwingend, aber sie liest sich eigentlich ganz schön, und wenn die schnell beschlossen ist, dann können wir die übernehmen, Wenn die allerdings zu längeren Diskussionen führt, würde ich streichen, weil wir in einem gewissen Zeitdruck sind. Apropos Zeitdruck: Was jetzt am Anfang kommt, ist ziemlich 1:1 die Verfassung der Schweiz, also anerkannt demokratisch und bewährt. Das sollte für uns erst mal gut genug sein, und wenn wir vor Ort sind, haben wir noch ausreichend Zeit, das zu optimieren.

Heute müssen wir vor allem erst mal durchkommen, denn morgen haben wir das Strafgesetzbuch vor uns.

Also die Präambel. Die Schweizer Präambel beginnt mit den Worten *Im Namen Gottes des Allmächtigen!* Das haben wir gleich mal gestrichen. Völlig unabhängig davon, wie man zu religiösen Bezügen steht, sind wir zumindest viel zu unbedeutend, dass wir uns anmaßen sollten, im Namen Gottes zu sprechen.

Dann kommt *Das Schweizervolk und die Kantone*, das haben wir ersetzt durch *Die Bewohner der autonomen Region Zalucha*. Dann schreibt die Schweizer Verfassung *in der Verantwortung gegenüber der Schöpfung*, wir haben hier *Schöpfung* durch das neutralere Wort *Umwelt* ersetzt, dann *im Bestreben, den Bund zu erneuern, um Freiheit und Demokratie, Unabhängigkeit und Frieden in Solidarität und Offenheit gegenüber der Welt zu stärken*, da haben wir den *Bund zu erneuern, um* gestrichen, weil uns die entsprechende historische Vorgeschichte fehlt, dann *im Willen, in gegenseitiger Rücksichtnahme und Achtung ihre Vielfalt in der Einheit zu leben, im Bewusstsein der gemeinsamen Errungenschaften und der Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen, gewiss, dass frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht, und dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen, geben sich folgende Verfassung:*

Auf dem Beamer seht Ihr den Ursprungstext mit den ganzen Veränderungen, damit klar ist, an welcher Stelle wir geändert haben. Auf der nächsten Folie ... seht Ihr nun die endgültige Fassung. Können wir das ohne lange Diskussion entweder so annehmen oder verwerfen, wir brauchen nicht unbedingt eine Präambel.«

»Wir kämen jetzt zur Diskussion. Ich möchte mal folgendes versuchen: Gibt es schwerwiegende Bedenken gegen diese Präambel? ... Gibt es Teilnehmer, die sagen, das geht überhaupt nicht? ... Dann bitte am Saalmikrofon ... Das scheint nicht der Fall zu sein. Vor daher schlage ich eine Abweichung von der Geschäftsordnung vor: Abstimmung ohne Diskussion. Wer dafür ist, dass wir das angesichts des Zeitdrucks jetzt sofort abstimmen, der hebe bitte jetzt seine Stimmkarte ... Danke, wer dagegen ist, bitte jetzt ... Ok, dann stimmen wir das sofort ab: Wer für diese Präambel ist, bitte das Kartenzeichen ... Wer dagegen ist ... Ok, dann haben wir eine Präambel. Damit kann die AG Recht weitermachen.«

»Danke. Wir kommen nun zu den allgemeinen Bestimmungen. Artikel 1 der Schweizer Verfassung zählt die Kantone auf, das ergibt für uns keinen Sinn. Von daher haben wir formuliert: *Die Autonome Region Zalucha besteht aus ihren Dörfern und den Bewohnern*. Damit haben wir an dieser Stelle keinen Ärger, wenn wir weitere Dörfer gründen oder diese umbenennen wollen.

Noch ein Hinweis: Das deutsche Grundgesetz beginnt mit den Menschenrechten. Diese gibt es in der Schweizer Verfassung auch, aber nicht direkt am Anfang. Wir wollen aber die Reihenfolge exakt so beibehalten, wie sie unsere Vorlage hat, damit wir die Artikel in der Kommentierung zur Schweizer Verfassung schnell finden. Aus demselben Grund haben wir Artikel 1 auch nicht gestrichen, auch wenn der jetzt inhaltlich nicht mehr viel hergibt.

Artikel 2 Zweck: *Die autonome Region Zalucha* - ursprünglich stand da *Schweizerische Eidgenossenschaft* - *schützt die Freiheit und die Rechte der Einwohner* - ursprünglich *des Volkes* - und *wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit der Region* - ursprünglich *des*

Landes. Sie fördert die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt der Region - ursprünglich des Landes.

Sie sorgt für eine möglichst große Chancengleichheit unter den Bürgerinnen und Bürgern. Sie setzt sich ein für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung.

Artikel 3 Dörfer - ursprünglich Kantone. *Die Dörfer sind souverän, soweit ihre Souveränität nicht durch die Verfassung - ursprünglich Bundesverfassung - beschränkt ist; sie üben alle Rechte aus, die nicht der autonomen Region - ursprünglich dem Bund - übertragen sind.*

Artikel 4 Landessprache. *Die Landessprache ist Deutsch.* Wir streichen hier Französisch, Italienisch und Rätoromanisch.

Artikel 5 Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns. *Grundlage und Schranke staatlichen Handelns ist das Recht. Staatliches Handeln muss im öffentlichen Interesse liegen und verhältnismäßig sein. Staatliche Organe und Private handeln nach Treu und Glauben. Die autonome Region und die Dörfer - ursprünglich Bund und Kantone - beachten das Völkerrecht.*

Artikel 5a mit der Subsidiarität haben wir erst mal gestrichen, das dürfte bei unserer Größe wenig zweckmäßig sein.

Artikel 6 Individuelle und gesellschaftliche Verantwortung. *Jede Person nimmt Verantwortung für sich selber wahr und trägt nach ihren Kräften zur Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft bei.*

Gerade Artikel 6 war einer der Gründe, warum ich die Schweizer Verfassung bevorzugt habe: Die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes kennt zwar auch eine soziale Verpflichtung, aber sie ist auf das Eigentum beschränkt. Wir werden aber erst mal wenig Eigentum haben, das sozialpflichtig werden könnte. Artikel 6 stellt hier auf der Kräfte der einzelnen Person ab, was für uns passender ist.«

»Damit kämen wir wieder zur Diskussion. Ich würde das hier wieder so handhaben, dass ich erst mal nach schwerwiegenden Bedenken frage. ... Schwerwiegende Bedenken bitte am Saalmikrofon. Bitte sehr«

»Eigentlich erst mal eine Frage: Wie ist *Treu und Glauben* definiert?«

»Stefan, da brauche ich Deine Hilfe. Da werden wir ja die Schweizer Definition brauchen.«

»Also: Zunächst einmal ist *Treu und Glauben* ein so genannter unbestimmter Rechtsbegriff, der für den konkreten Fall jeweils ausgelegt werden muss. Grob vereinfacht ist da redliches Verhalten gemeint. Es gibt da ein paar Konkretisierungen.

Zum einen der Vertrauensschutz: Der Bürger darf grundsätzlich darauf vertrauen, dass staatliche Entscheidungen Bestand haben. Das bedeutet kein Ewigkeitsgarantie für einmal getroffene staatliche Entscheidungen, aber dem Bürger muss die erforderliche Zeit gegeben werden, sich auf die Änderung der staatlichen Entscheidungen einzustellen. Zum Beispiel dürfte der Staat nicht plötzlich allen Autos mit Verbrennungsmotoren die Zulassung entziehen, worauf die Autos aller Bürger relativ wertlos würden, da bricht ja auch weitgehend der Gebrauchtmärkte weg. Er könnte aber entscheiden, dass es keine neuen Zulassungen mehr für Autos mit Verbrennungsmotor gibt.

Dann haben wir das Verbot des widersprüchlichen Verhaltens. Ein einmal eingenommener

Standpunkt darf nicht ohne sachlichen Grund gewechselt werden. Und dann gibt es das Verbot des Rechtsmissbrauchs. Eine Bestimmung darf nicht für Zwecke missbraucht werden, die der Gesetzgeber nicht beabsichtigt hatte. Wir erinnern uns vielleicht noch an Cum Ex. Der Gesetzgeber hatte es sicher nicht beabsichtigt, Steuern, die nie gezahlt wurden, zurück zu erstatten. Das wäre nach der Schweizer Verfassung von vorne herein klar gewesen, da hätte es keinen Richter gebraucht, der das erst begründen muss.«

»Dankeschön. Haben wir weitere Fragen? ... Oder schwerwiegende Bedenken? ... Bitte sehr.«

»Ich fände es gut, wenn allen Autos mit Verbrennungsmotor die Zulassung entzogen würde, denn die ruinieren das Klima.«

»Dieses Beispiel trifft für uns ohnehin nicht zu, da wir gleich von Anfang an klimaneutral agieren. Ich versuche mal, ein für uns passendes Beispiel zu bringen ... Moment mal ... Wir haben Euch ja gesagt, bringt ein Handy mit, ersatzweise eine Taschenlampe, damit Ihr Licht habt. Es würde jetzt gegen den Grundsatz des Vertrauensschutzes und damit gegen Treu und Glauben verstoßen, wenn wir in zwei Monaten dann beschließen, Taschenlampen dürfen nicht mehr eingesetzt werden, es sind nur noch Handys zulässig. Weil dann die Leute mit Taschenlampe, die darauf vertraut haben, dass sie kein Handy mitnehmen müssen, die Benachteiligten sind. Oder man muss denen andernfalls Handys zur Verfügung stellen.«

»Dankeschön. Haben wir weitere Fragen? ... Oder schwerwiegende Bedenken? ... Bitte am Saalmikrofon ... Das scheint nicht der Fall zu sein. Vor daher schlage ich wieder Abweichung von der Geschäftsordnung vor, Abstimmung ohne Diskussion. Wer dafür ist, dass wir das angesichts des Zeitdrucks jetzt sofort abstimmen, der hebe bitte jetzt seine Stimmkarte ... Danke, wer dagegen ist, bitte jetzt ... Ok, dann stimmen wir das sofort ab: Wer für diese allgemeinen Bestimmungen ist, bitte das Kartenzeichen ... Wer dagegen ist ... Ok, dann haben wir das beschlossen. Damit kann die AG Recht weitermachen.«

»Wir kommen nun zu den Grundrechten. Da heißt es Art. 7 Menschenwürde *Die Würde des Menschen ist zu achten und zu schützen*. Das kennen wir ja so ähnlich vom Deutschen Grundgesetz, dort heißt es *Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt*. Wenn man sich das Deutsche Grundgesetz ansieht, dass ist diese Verpflichtung auf die staatliche Gewalt beschränkt, zwar auf alle staatliche Gewalt, aber Privatpersonen oder Unternehmen sind dann ausgenommen. Von daher gefällt mir die Schweizer Version besser.

Art. 8 Rechtsgleichheit: *Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich*.

Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung. Hinweis: Artikel 3 des Grundgesetzes kennt nur die religiöse und politische Anschauung, die Schweizer haben das mit der weltanschaulichen Überzeugung etwas umfassender formuliert.

Alle Geschlechter - ursprünglich Mann und Frau - sind gleichberechtigt. Das Gesetz sorgt für ihre rechtliche und tatsächliche Gleichstellung, vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit. Alle Geschlechter - ursprünglich Mann und Frau - haben Anspruch auf gleichen Lohn für

gleichwertige Arbeit.

Das Gesetz sieht Maßnahmen zur Beseitigung von Benachteiligungen Menschen mit Behinderungen - ursprünglich der Behinderten - vor. Nach dem deutschen Grundgesetz sind kompensatorische Bevorzugen von Menschen mit Behinderungen möglich, hier ist das als Auftrag formuliert, was mir besser gefällt.

Art. 9 Schutz vor Willkür und Wahrung von Treu und Glauben Jede Person hat Anspruch darauf, von den staatlichen Organen ohne Willkür und nach Treu und Glauben behandelt zu werden.

Art. 10 Recht auf Leben und auf persönliche Freiheit Jeder Mensch hat das Recht auf Leben. Die Todesstrafe ist verboten.

Jeder Mensch hat das Recht auf persönliche Freiheit, insbesondere auf körperliche und geistige Unversehrtheit und auf Bewegungsfreiheit. Im Gegensatz zum Deutschen Grundgesetz haben wir hier auch die geistige Unversehrtheit. Folter und jede andere Art grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung sind verboten.

Art. 11 Schutz der Kinder und Jugendlichen Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf besonderen Schutz ihrer Unversehrtheit und auf Förderung ihrer Entwicklung. Sie üben ihre Rechte im Rahmen ihrer Urteilsfähigkeit aus.

Art. 12 Recht auf Hilfe in Notlagen Wer in Not gerät und nicht in der Lage ist, für sich zu sorgen, hat Anspruch auf Hilfe und Betreuung und auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind.«

»Zwischenfrage: Wenn ich das gerade richtig sehe, kommen da in der Schweizer Verfassung noch viele Grundrechte. Wollen wir das vielleicht in etwas kleineren Blöcken diskutieren, damit nachher die Diskussion nicht völlig zerfleddert?«

»Auch das wäre möglich. Aber uns muss dann halt allen bewusst sein, dass dies noch nicht alles ist. Nicht dass dann jeder zweite Beitrag ein Grundrecht fordert, das auch noch wichtig ist und unbedingt noch eingeführt werden muss, dabei kommt das einfach nur ein paar Artikel später.«

»Das sollten wir ja hin bekommen, und es haben sich ja auch bereits Leute am Saalmikrofon angestellt, das könnte ja etwas zu bedeuten haben. Ich frage die Versammlung: Wer ist dafür, immer so etwa fünf Artikel gemeinsam zu diskutieren und zu beschließen, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen ... Danke, Gegenprobe ... Ok, dann diskutieren wir erst mal diese fünf Artikel. Bitteschön.«

»Ich lese hier Bewegungsfreiheit, und dass Geschlechter nicht diskriminiert werden dürfen. Auf der anderen Seite haben wir ein Dorf *Ladies only* geplant. Wenn wir an diesem Dorfkonzept festhalten, müssen wir Männer in ihrer Bewegungsfreiheit einschränken, und dazu wäre eine Diskriminierung, also eine Unterscheidung von Geschlechtern erforderlich. Das allerdings dürfen wir nicht. Was machen wir denn da?«

Samstag, 13:15 Uhr, RuhrCongress Center, Foyer

»Darf ich miteinander bekannt machen: Friedrich Fischer, einer der maßgeblichen Köpfe in der zentralen Koordination, Dr. Hartmut Frey, unser künftiger Zahnarzt.«

»Sie haben also inzwischen eine Entscheidung getroffen.«

»Ja, es scheint fast der einzige Weg zu sein, meine Nachfolger und meine Patienten zusammen zu bringen.«

»Dürfte ein Indiz für ihre fachlichen Qualitäten sein, wenn Ihre Patienten Sie nicht gehen lassen wollen.«

»Kann man zumindest nicht vollständig ausschließen.«

»Man hat Sie schon über unsere Etat-Ansätze orientiert?«

»Dr. Dräger sagte etwas von 30.000 Euro.«

»Für die Ausstattung.«

»Ja.«

»Damit kommen Sie hin?«

»Ja. Ich ärgere mich zwar ein wenig, dass ich die alte Ausstattung so günstig weg gegeben habe, aber ich habe jetzt etwas gefunden, bei einem Kollegen, der in einer ähnlichen Situation steckt wie ich vor drei Jahren, was gebraucht auch nicht viel kostet. Drei Stühle, zwei davon baugleich, die würde ich mitnehmen, damit wir auch Ersatzteile haben, den dritten einzeln wieder verkaufen, auch noch ein Röntgengerät und ein wenig Labor, zusammen für 18.000 Euro.«

»Da wäre ja dann noch Luft. «

»Wir können dann aber nur begrenzt Behandlungen vornehmen. Einen Kiefer-Orthopäden haben wir nicht, einen Anästhesisten für chirurgische Eingriffe haben wir nicht. Ja, wenn wir irgendwo mal einen Notfall haben, kann Dr. Dräger auch mal Anästhesie machen, das haben wir schon so abgesprochen.«

»Aber das würde ich gerne auf Notfälle begrenzen. Ich habe das zwar auch gelernt, bin da aber nicht wirklich routiniert.«

»Bei dem hier zu sehenden Alterdurchschnitt sollten wir aber ziemlich weit mit dem kommen, was wir tun können. Füllungen machen geht auf jeden Fall, Notfall-Schmerzbehandlungen auch, Reinigungen ohnehin. Zahnregulierungen sind hoffentlich schon alle abgeschlossen, Wurzelbehandlungen oder Prothesen sollten noch nicht allzu häufig vorkommen.«

»Wir haben für Materialkosten 3.000 Euro pro Arzt und Monat vorgesehen und für Fremdbehandlungen insgesamt 10.000 Euro pro Monat.«

»Das wären dann 120.000 Euro im Jahr, wenn ein Drittel davon in den Zahnbereich gehen, dann wären das 40.000 Euro pro Jahr, ein größerer Eingriff in Deutschland mag durchschnittlich bei 2.000 Euro liegen, davon könnten wir uns dann etwa 20 im Jahr leisten. Jetzt ohne Reisekosten«

»Bei 1000 Teilnehmern 2% der Teilnehmer jedes Jahr. Ist das realistisch?«

»Es gibt schon ab und an Erwachsene, bei denen Zahnregulierung noch ein Thema ist. Und es gibt auch ab und an junge Leute mit einem desaströs schlechten Gebiss.«

»Dann müssen wir darauf hoffen, dass die in unserem Klientel massiv unterrepräsentiert sind.«

»Prinzip Hoffnung bei der Finanzierung des Gesundheitswesens.«

»Wir haben zumindest auch noch mal allgemeine Reserven von 80.000 Euro im Monat. Zumindest im ersten Jahr. Für die Zeit danach hängt alles davon ab, wie viele Steuerzahler wir finden. Einen Kollegen oder eine Kollegin für den Bereich Gynäkologie kennen Sie nicht

zufällig?«

»Bedauere, nein. Das hat mich Dr. Dräger auch schon gefragt.«

»Nun ja, da haben wir ja noch ein paar Wochen Zeit.«

»Auch hier wieder Prinzip Hoffnung... «

»Ja, auch hier. Im Prinzip im kompletten Projekt. Wir hoffen darauf, dass die Photovoltaik im Winter hinreichend liefert, wir hoffen darauf, dass unser Transporter nicht ausfällt, weil wir sonst nicht mehr einkaufen fahren können, wir hoffen, dass ein paar hundert junge Erwachsene hinreichend motiviert sind, zwei bis drei Monate mit Spaten und Hacke die Felder für die Aussaat vorzubereiten, wir hoffen darauf, dass nicht zu viele Teilnehmer das Projekt verlassen, weil sonst die Finanzierung zumindest stark wackelt. Wir hoffen darauf, dass wir mit Grundwasser und UV-Bestrahlung Trinkwasserqualität erreichen, dass die Flächen, wo wir unsere Dörfer hinstellen, im Frühjahr nicht überflutet werden, dass keine Konflikte zwischen den Teilnehmern eskalieren, obwohl wir bis zu elf auf 25 m² unterbringen wollen, und, und, und.«

»Darf ich Ihnen mal eine persönliche Frage stellen?«

»Gerne.«

»Wenn man mich richtig orientiert hat, dann sind Sie gut bezahlter IT-Spezialist. Was ist Ihre Motivation, bei diesem Projekt mitzuwirken.«

»Das ist eine Mischung aus unterschiedlichen Gründen. Ein Teil ist sicher die Herausforderung. Ja, ich habe auf der Arbeit auch Herausforderungen, aber die sind recht spezifisch. Nichts, was man später mal seinen Enkeln erzählen kann. Dann bin ich massiv mit der Politik unzufrieden. Mein höchster Einzelausgabeposten, mit weitem Abstand, Sie werden das mutmaßlich kennen, ist die Einkommensteuer. Nicht, dass mir das zu viel wäre. Die Steuerbelastung in Deutschland halte ich für völlig erträglich. Aber ich sehe das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht gegeben. Also jetzt noch gar nicht mal der Nutzen für mich, sondern für die Gesellschaft.

Und dann will ich die jungen Leute bei dieser Aufgabe nicht alleine lassen und vor allem nicht scheitern sehen. Nicht, dass ich die für unfähig halte. Aber jugendlicher Enthusiasmus sollte auch immer mit ein wenig Erfahrung kombiniert werden.«

»Und die jungen Leute hören auf ihren Rat?«

»Es gab vereinzelte Startschwierigkeiten. Aber im Moment bin ich nicht unzufrieden.«

»Dann wollen wir mal hoffen, dass das so bleibt.«

»Es wird nicht auf Dauer so bleiben. Aber dann müssen halt andere ran. In einer Demokratie sind Ämter immer auf Zeit, und sobald das Projekt stabil läuft, sollten ohnehin die Jungen in die Verantwortung, also noch mehr, als jetzt schon. Haben Sie denn bereits konkrete Vorstellungen über Ihre Wohnsituation?«

»Ein Angebot über ein Tiny House liegt unterschrittsreif vor. Es ist mir aber noch nicht so ganz klar, wie ich das dort runter bekomme. Ich fahre einen i3, der hat noch nicht mal eine Anhängerkupplung, mit dem Gewicht wäre er zudem hoffnungslos überfordert. Ob ich überhaupt den i3 dort runter bekomme, muss ich auch erst mal sehen. Je nach dem, wie viele Ladestationen es an der Strecke gibt. Sonst muss ich im Hotel laden. Einmal über Nacht gibt rund 120 km. Ok, im Windschatten eines LKW auf der Autobahn und nur Tempo 90 vielleicht

auch mal 150 km. Ist halt ein Stadtauto.«

»Müssen wir da Photovoltaik zum Laden vorsehen, oder haben Sie das eingeplant?«

»Im Winter sind die dafür geplanten Panels meine Reserve, damit wenigstens die restlichen Verbraucher betrieben werden können. Im Winter bleibe ich dann einfach daheim mit einem guten Buch. Aber im Sommer will ich dem Treiben schon mal entfliehen können, bevor ich Lagerkoller bekomme. Vielleicht mal Abends sich ein anständiges Steak gönnen oder so.«

»Ja, mal sehen, wie schnell ich da selbst mobil werden möchte. Im Moment ist da nicht mehr als mein E-Bike vorgesehen.«

»Das kommt natürlich auch mit. Schon, um vom Sanatorium nicht zum Zentrum laufen zu müssen. 4,5 km, das kann man ja mal machen, aber sicher nicht täglich.«

»Sie scheinen sich ja schon gut informiert zu haben.«

»Wir sind wohl schon beide aus dem Alter raus, in dem man sich gedankenlos in ein solches Vorhaben gestürzt hat. Was möglicherweise für so manchen Teilnehmer nicht zutreffen mag.«

»Im Großen und Ganzen scheinen die mir aber doch recht vernünftig zu sein, und zumindest fast immer vernünftigen Argumenten zugänglich.«

»Ansonsten wäre ich auch sicher nicht dabei.«

»Bezüglich des Tiny-Houses: Wir haben da eine Kooperation mit einem LKW-Händler. Möglicherweise fahren wir da gerade einen 7,5-Tonner runter. Die Praxis-Einrichtung muss ja auch irgendwie transportiert werden. Und vieles anderes mehr.«

»Wenn da mal einer fährt, an dem noch nichts dran hängt, könnte man ja den i3 auf einen Hänger packen.«

»Das wäre durchaus eine Überlegung.«

Sonntag, 13:03 Uhr, RuhrCongress Center, Bildregie

»Das zieht sich ja hin wie Gummi. Schaut eigentlich noch wer zu?«

»Quote im Stream nur noch vierstellig.«

»Und ich will nicht wissen, wer davon noch aufmerksam zuschaut.«

»War auf jeden Fall die richtige Idee, da nur in den Stream zu gehen.«

»Aber wir brauchen heute Abend eine Zusammenfassung. Wer traut sich denn zu, aus dem Material etwas Brauchbares zu schneiden?«

»Vielleicht eine Ergebniszusammenfassung.«

»Das ist doch noch langweiliger als die Diskussion.«

»Vielleicht interviewst Du wieder den Fischer. Wenn Du den ein wenig kitzelst, wird das vielleicht auch länger.«

»Um 45 Minuten zu füllen, müsste ich den ganz schön kitzeln.«

»Ein paar Minuten bekommen wir auch aus der Budget-Diskussion raus.«

»Schade, dass das so glatt durchgegangen ist.«

»Was ist eigentlich aus dem Typen geworden, der den Versammlungsleiter immer als Faschisten bezeichnet hat.«

»Ist diesmal wohl nicht gekommen, ich habe ihn zumindest noch nicht gesehen. Mutmaßlich

wird er auch nicht unter den Teilnehmenden sein. Entweder hat er gleich gar keine Bewerbung abgegeben, oder sie haben ihn diskret aussortiert.«

»Was man ihnen ja nicht verübeln könnte.«

»Und was nun?«

»Ich versuche mal, den Fischer zu bekommen. Keine Ahnung, wie gut das wird, aber das Material wird dadurch zumindest nicht weniger.«

Sonntag, 13:37 Uhr, RuhrCongress Center, Foyer

»Herr Fischer, der letzte Tag am letzten Vorbereitungswochenende - kommen Sie voran? Kommen Sie durch?«

»Ich bin nicht unzufrieden. Selbstverständlich haben demokratische Prozesse, insbesondere direktdemokratische Prozesse, die Tendenz, sich hinzuziehen. Aber wir haben für dieses Wochenende nur drei Punkte im Pflichtprogramm, und da sieht es gut aus.«

»Drei Punkte, das wären konkret?«

»Zunächst einmal mussten wir noch mal in die Etat-Debatte einsteigen. Wir haben Mehrausgaben dadurch, dass wir uns nun ein kleines Krankenhaus hinstellen. Das waren nur 70.000 Euro Mehrausgaben und ging daher wohl recht glatt durch. Medizinisch sind wir jetzt eigentlich gut aufgestellt. Zumindest dann, wenn wir noch eine Gynäkologin oder einen Gynäkologen finden.

Zum anderen wollen wir auf besser isolierte Häuser wechseln, das wären Mehrausgaben von 1.600.000 Euro. Dort haben wir jetzt erst mal entschieden, uns von dem ursprünglich und den nun geplanten Modell jeweils eines hinzustellen und dann zu schauen, was wir letztlich haben wollen.«

»Ein Vorschlag, der nicht von der zentralen Koordination, sondern von den Teilnehmenden gekommen ist.«

»Richtig. Das ist ja ein Vorteil direktdemokratischer Prozesse, dass mit mehr Teilnehmenden dann auch mehr Ideen auf den Tisch kommen, und in diesem Fall war die Idee richtig gut, ich ärgere mich immer noch, dass wir da nicht selbst darauf gekommen sind.

Der nächste Punkt war dann die Verfassung.«

»Da haben Sie sich stark an der Schweizer Verfassung orientiert. Warum?«

»Ursprünglich hat sich die AG Recht die Schweizer Verfassung nur deswegen angeschaut, weil man an den direktdemokratischen Prozessen interessiert war. Und hat dann gesehen, dass die Schweizer Verfassung viel verständlicher formuliert ist. Was ja auch sinnvoll ist, wenn das gesamte Volk über Gesetze entscheidet. Und dann gibt es auch noch die eine oder andere Regelung, die besser ist oder besser zu uns passt.«

»Sie haben dann gleich eine ziemliche Diskussion wegen der Gleichstellung bekommen.«

»Wir haben, wie in einer modernen Verfassung nicht anders zu erwarten, ein Diskriminierungsverbot auch bezüglich des Geschlechtes, und wir haben die Zusicherung der Freizügigkeit. Jeder Teilnehmer kann also auf unserem Gelände überall hin, auch seinen Wohnort wählen.

Wie wir das genau dann machen, wenn wir die Holzhäuser haben, die man ja nicht mal so eben von einem Dorf in das nächste schieben kann, müssen wir noch sehen. Aber Freizügigkeit würde ich dahingehend interpretieren, dass jede Person a) besuchsweise jedes Dorf betreten kann und b) dort auch ihr Zelt aufstellen kann.

Jetzt haben wir in unserem Dorfkonzept auch ein Dorf namens *Ladies Only*. Die Idee kommt teilweise auch daher, dass wir am Anfang noch keine Duschcontainer haben, und auch keine Toilettencontainer. Aber auch dann, wenn wir diesbezüglich ausgestattet sind, bleibt der Wunsch nach so etwas wie einem geschützten Raum ein nachvollziehbarer Gedanke. Wir haben ja zumindest auf lange Zeit nicht die Situation wie in Deutschland oder der Schweiz, dass die Leute ihr privates Haus oder zumindest ihre private Wohnung haben, dort Hausrecht, und damit zum Beispiel auch als Frau einen Bereich, in dem sie sich vergleichsweise leicht vor Übergriffen aller Art schützen können.

Wenn wir also die Verfassung so übernommen hätten, hätte jeder Mann besuchsweise oder dauerhaft in das Dorf *Ladies only* gehen können, Freizügigkeit, man hätte es ihm nicht deswegen untersagen können, weil er ein Mann ist, Diskriminierungsverbot, und er könnte auch seine Augen überall haben, Informationsfreiheit, das würde der Wahrnehmungsfreiheit im deutschen Verfassungsrecht entsprechen. Damit wäre das Dorfkonzept komplett ad absurdum geführt. Und die Bewohnerinnen dürften ihn noch nicht mal weg mobben, das müssten wir auch unterbinden.«

»Wie haben Sie nun diese Kuh vom Eis bekommen.«

»Wir haben das Recht auf Freizügigkeit dahingehend beschränkt, dass es für bestimmte Bereiche auf definierte Personengruppen beschränkt werden kann, und zwar ohne Rücksicht auf das Diskriminierungsverbot. Solche Bereiche haben wir bereits völlig selbstverständlich im Alltag, siehe Damen- und Herrentoiletten. Es würde jetzt auch die Möglichkeit bestehen, dass Menschen einer bestimmten Religionsgemeinschaft, oder auch Atheisten, einen geschützten Bereich bekommen. Wenn wir kein Privateigentum an Grund und Boden zulassen, lässt sich so etwas ja nicht über das Hausrecht regeln.«

»Und da gibt es eine Ausnahmeregelung für Behinderte.«

»Ja, es dürfen zwar geschützte Bereiche für Menschen mit Behinderungen geschaffen werden, aber nicht für Menschen ohne Behinderungen. Das haben wir explizit ausgeschlossen, weil es dem Ziel der Inklusion widersprechen würde.«

»Verfassungsrecht scheint ganz schön kompliziert zu sein.«

»Ja, der Teufel steckt oft im Detail.«

»Interessant auch, dass Sie kein Parlament haben.«

»Zumindest noch kein Parlament. Im Moment liegt die gesetzgebende Gewalt in der Hand der Vollversammlung. Wie weit wir das durchhalten, wird sich zeigen.«

»Höre ich da eine gewisse Skepsis heraus?«

»Eher eine gewisse Neugier. Ab wann verlieren die Teilnehmenden das Interesse an der Gesetzgebung? Was stark damit korrelieren dürfte, wie stark wir Gesetzgebung betreiben. Bei einer Größe von etwa 1000 Teilnehmenden muss man vielleicht auch nicht gleich alles per Gesetz regeln. Vieles erübrigt sich auch: Wir müssen keinen Straßenverkehr regeln, keine

Krankenversicherung, kein Verbraucherschutz bei der Ernährung, und so weiter und so fort. Aber es steht uns selbstverständlich immer noch offen, eine Legislative einzurichten. Die Verfassung ist ja nicht in Stein gemeißelt, sondern kann mit 2/3-Mehrheit geändert werden.«

»Eine Regierung wird es aber geben.«

»Ja, auch wenn wir die nicht Regierung genannt haben, sondern beim Begriff *zentrale Koordination* geblieben sind, beziehungsweise *lokale Koordination* für die einzelnen Dörfer. Der Begriff Regierung, der sich ja vom lateinischen Wort *rex*, also *König* ableitet, impliziert doch ein anderes hierarchisches Verhältnis als Koordination, was man eher als Dienstleistung an der Gemeinschaft begreifen dürfte.«

»Es ist immer noch der Plan, am 7. August neu zu wählen?«

»Zumindest endet dann die Amtszeit der jetzigen Koordination. Und wir werden dann auch die Richter wählen müssen. Und dann haben wir die Zuständigkeitsverteilung zwischen Dörfern und Region auch nur recht rudimentär geregelt, wir werden dann noch weiter ab unserer Verfassung arbeiten müssen.«

»Heute haben Sie sich primär um das Strafgesetzbuch gekümmert. Dabei nahm der § 218 viel Raum ein.«

»Das war nicht anders zu erwarten.«

»Diesen Paragraphen einfach zu streichen, so wie Sie es mit § 219 gemacht haben, war keine Option?«

»Zumindest keine wünschenswerte. Warum das so ist, ist ein klein wenig komplizierter, ich muss da erst mal einen allgemeinen Rechtsgrundsatz erläutern: *Lex specialis derogat legi generali*, also in etwa das spezielle Gesetz geht den allgemeinen Gesetzen vor. Wir haben im Strafgesetzbuch ab § 211 die Tötungsdelikte. § 211 Mord, § 212 Totschlag, und der § 218 ist, etwas vereinfacht, das spezielle Gesetz, das den allgemeinen Tötungsdelikten vorgeht. Juristisch gesehen kann deswegen Abtreibung kein Mord sein.

Jetzt überlegen wir mal, was passieren würde, würde man nun § 218 ersatzlos streichen. Eben so ziemlich das Gegenteil von dem, was diejenigen beabsichtigen, die eine solche Forderung üblicherweise erheben.

Selbstverständlich könnte man jetzt irgendwo definieren, dass menschliches Leben erst ab der Geburt beginnt. Womöglich führt das aber auch nicht ganz zu den Ergebnissen, die man haben möchte. Machen wir mal ein Grenzfallbeispiel. Das wird jetzt etwas unschön, aber Strafrecht, gerade im Bereich der Tötungsdelikte, ist jetzt ja auch sonst nicht schön, das gehört ein wenig dazu.

Stellen wir uns eine Geburt vor, kaum ist das Kind auf der Welt, zückt der anwesende Vater einen Akkuschauber, mit welcher Motivation auch immer, vielleicht möchte er keine Alimente zahlen, und bohrt mit dem 8er-Bohrer dem Kind ein tiefes Loch in den Kopf, was das Kind nicht überlebt. Der niedere Beweggrund dürfte gegeben sein, es ist sowohl heimtückisch als auch grausam, da muss man jetzt nicht lange überlegen, dass das Mord ist.

Jetzt verlegen wir die Tat gedanklich ein paar Sekunden nach vorne, das Kind noch in der Mutter. Der Vater, oder welcher Anwesende auch immer, darauf kommt es jetzt gar nicht drauf an, stößt die Hebamme beiseite, ansonsten ist das Tatgeschehen dasselbe. Die Hebamme

entsetzt, die Mutter am Boden zerstört, der Strafjustiz zuckt nur mit den Schultern, das Kind war ja noch nicht geboren? Das kann ja wohl auch nicht die Lösung sein.

Von daher muss man das regeln, juristisch sauber regeln. Zunächst einmal muss man den Tatbestand sauber fassen, damit wir das *lex specialis* haben und nicht die *legis generalis* greifen. Diesen Tatbestand stellen wir dann straffrei, und nehmen ihn explizit aus dem Recht auf Notwehr und Nothilfe aus. Der Tatbestand ist dann zunächst beschränkt auf Eingriffe durch die Mutter oder auf ausdrücklichen Wunsch der Mutter durch einen Arzt oder eine Ärztin.«

»Es wurde in der Diskussion ja auch überlegt, ob man den Vater auch ein entsprechendes Recht zugestehen soll.«

»Dagegen sprechen je schon mal praktische Gründe: Bei einer schwangeren Frau ist sehr eindeutig, wer die Mutter des Ungeborenen ist. Um ein entsprechendes Recht dem Vater überhaupt geben zu können, völlig unabhängig von der Frage, ob das vielleicht wünschenswert sein könnte, müsste man ja erst mal rechtssicher die Vaterschaft feststellen. Da war die Versammlung schnell der Ansicht, dass man entsprechende Gedanken nicht weiter zu verfolgen brauche.

Und dann haben wir so etwas wie eine Fristenlösung. Allerdings keine willkürlich festgelegte Frist wie zum Beispiel 3 Monate, sondern festgemacht an der eigenständigen Lebensfähigkeit des Kindes, was ja auch immer ein wenig dran hängt, wie gut die medizinische Versorgung ist, die gerade im Bereich der Neonatologie in Deutschland besser ist als bei uns.«

»Und was soll jenseits dieser Frist passieren?«

»Dann besteht die Möglichkeit, die Geburt einzuleiten. Nach der Vorstellung des Entwurfes, und die Versammlung ist diesem Entwurf gefolgt, soll die Verfügungsgewalt der Mutter über ihren Körper und ihr Leben so weit gehen, dass sie nach dem Eingriff nicht mehr schwanger ist und sich auch nicht mehr um ihr Kind kümmern muss - das wäre dann Aufgabe der Gemeinschaft. Die Verfügungsgewalt der Mutter - so das Kind eigenständig lebensfähig ist - soll sich nicht auf das Leben des Kindes erstrecken. Wobei das Grenzfallebetrachtungen sein dürften, die in der Praxis keine große Rolle spielen.«

»Haben sie sonst noch Abweichungen zum deutschen Strafrecht?«

»Einige. Die Streichung des § 219 habe ich bereits erwähnt. Dann haben wir die ganzen Hackerparagraphen, also § 202 a, b, c und d erst mal gestrichen, wir wollen das neu fassen. Das sauber zu fassen, wird aber ein wenig Zeit brauchen, das haben wir bei der Diskussion schnell gemerkt. Kurz gefasst: Wir wollen den Missbrauch ahnden, aber nicht die so genannten White Hacker verfolgen. Sicherheit kann es nur geben, wenn geprüft wird. Wir schicken Autos in den Crashtest und beschießen gepanzerte Fahrzeuge, um zu sehen, ob das, was wir zur Sicherheit vorgesehen haben, hinreichend ist. Da käme niemand auf die Idee, das strafrechtlich zu ahnden. Und die Sicherheit informationstechnischer Systeme lässt sich vor allem dadurch verbessern, indem man versucht, die Maßnahmen zur Sicherheit zu umgehen oder zu überwinden. Das muss völlig legal sein. Erst dann, wenn Schaden angerichtet wird, erpresst, Daten verkauft, was auch immer, dann sollte Strafbarkeit gegeben sein.

Erst mal gestrichen haben wir auch den § 265 a, Erschleichung von Leistungen, der so genannte Schwarzfahrerparagraph. Das ist jetzt eher ein politisches Statement, wenn wir überhaupt mal

öffentliche Verkehrsmittel einrichten, dann wird das mutmaßlich entgeltfrei sein, bei den anderen Tatbeständen des § 265 a könnte das ähnlich aussehen.

Als wir für dieses Interview den Saal verlassen haben, war die Diskussion gerade beim § 173, den Beischlaf unter Verwandten. Wie dort die Diskussion ging und zu welchem Ergebnis sie gelangt ist, habe ich dann nicht mehr verfolgen können.«

»Cannabis haben Sie noch nicht legalisiert.«

»Dazu müsste es erst mal strafbar werden, ein Betäubungsmittelgesetz gibt es bei uns noch nicht, und ich hoffe doch sehr, dass wir auch keines brauchen.«

Sonntag, 17:28 Uhr, RuhrCongress Center, großer Saal

»Damit beenden wir nun den Tagesordnungspunkt *Strafgesetzbuch*. Die zentrale Koordination möchte nun noch ein paar Dinge ansagen und bittet dazu alle Teilnehmenden in den Saal. Könnt Ihr bitte alle mal von draußen rein rufen. ... Ruft bitte mal raus, dass alle reinkommen sollen ... Ok, das scheint funktioniert zu haben. Manuela bitte.«

»Wir wollen die letzten Minuten nutzen, um noch ein paar Sachen zu klären. Zunächst gibt es einen Antrag vom Team *Kochen*, den stellt Euch Katrin vor.«

»Hallo Leute. Wir brauchen ein wenig Planungssicherheit bezüglich der Frage, ob wir vegan, vegetarisch oder konventionell kochen sollen. Wir erinnern uns vielleicht an die Diskussion, die wir am ersten Vorbereitungswochenende geführt haben. Diese können wir nicht nochmals führen, dafür fehlt uns die Zeit.

Von daher haben wir nun einen Kompromissvorschlag, mit dem wir zumindest über die ersten Wochen kommen können. Danach können wir die Diskussion ja erneut beginnen. Dieser Vorschlag lautet: Es gibt stets eine vegane Mahlzeit. Und dann gibt es eine zweite Mahlzeit, die an sechs Tagen in der Woche vegetarisch ist und an einem Tag mit Fleisch oder Fisch.

Die Überlegungen, die zu diesem Vorschlag geführt haben, sind die Folgenden: Erstens: Kein Veganer soll zu einer nicht-veganen Mahlzeit gezwungen werden. Darum gibt es immer eine vegane Mahlzeit. Zweitens: Vegetarier haben an sechs von sieben Tagen die Wahl, ob sie vegetarisch oder vegan essen. Am siebten Tag, wenn es die Fleischmahlzeit gibt, essen sie halt vegan. Drittens: Fleisch, wenn man das Tierwohl betrachtet, ist nicht ganz billig, und ohnehin nicht so klimafreundlich. Die Carnivoren müssen sich halt damit abfinden, dass es das nur einmal in der Woche gibt.

Dies als Vorschlag für die ersten Wochen, dann soll ohnehin jedes Dorf selbst entscheiden, was und wie gekocht wird. Können wir das vielleicht schnell abstimmen?«

»Ich würde angesichts der Zeit jetzt erst mal ein Meinungsbild machen. Wer dem Vorschlag von Katrin zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen ... Gegenprobe: Wer dagegen ist ... Der Vorschlag scheint eine Chance auf eine Mehrheit zu haben. Abweichung von der Geschäftsordnung: Ist die Versammlung damit einverstanden, dass wir das sofort abstimmen? Wer dafür ist, bitte das Kartenzeichen ... Gegenprobe ... Ok, wir stimmen sofort ab. Wer für den Antrag ist, bitte das Kartenzeichen ... Wer dagegen ist ... Ok, dann hat die AG Kochen die gewünschte Planungssicherheit für die nächsten Wochen.«

»Dankeschön. Noch ein Aufruf: Wir brauchen Leute, die vegan kochen können. Meldet Euch bitte.«

»Danke Katrin. Nun kommt Matthias für das Team *Medizin*.«

»Zwei Sachen: Wir haben immer noch keine Gynäkologin und keinen Gynäkologen. Brauchen wir aber dringend. Wenn irgendwer in der Bekanntschaft, im Freundes- oder Familienkreis oder wo auch immer jemand kennt, der zu uns kommen würde. Wir suchen dringend.

Zweitens: Wir sind in den ersten Wochen medizinisch noch nicht so gut aufgestellt. Gerade Zahnmedizin und Gynäkologie gibt es erst im September. Von daher wäre es keine schlechte Idee, vorher noch mal zum Zahnarzt und gegebenenfalls auch zur Gynäkologin oder zum Gynäkologen zu gehen.

Ergänzung: Wir haben auch keine Hebammen und keinen Kreissaal. Wer unter diesen Umständen lieber kein Kind gebären möchte, denkt möglicherweise auch noch mal über das Thema Verhütung nach.«

»Danke Matthias. UKW.«

»Moin alle. Ihr müsstet bereits eine Mail bekommen haben, in denen Abfahrtszeit und Abfahrtsort drin stehen. Zumindest alle mit einer Nummer unter 1007. Wenn Ihr diese Mail nicht bekommen habt, dann meldet Euch bitte.

Ihr meldet Euch bitte auch möglichst bald, wenn Ihr es Euch anders überlegt haben solltet. Keiner ist sauer auf Euch, aber andere warten darauf, dass sie mit können, und hätten es gerne ein paar Tage vorher gewusst. Zum Beispiel, um die benötigten Sachen zu besorgen.

Apropos benötigte Sachen: Ihr habt da bereits eine Liste bekommen. Nehmt die bitte ernst. Es kommen jetzt noch zwei Sachen dazu. Zum Einen: Schlafsack ist ja schön und gut, aber auf Dauer nicht besonders hygienisch. Nehmt bitte zwei Bettbezüge mit, von denen Ihr einen innen einlegt, damit der ganze Schweiß erst mal dort absorbiert wird. Den Zweiten, um ab und an wechseln und waschen zu können.

Zum Anderen: Wenn Ihr ein Zelt kauft, dann liegen dort üblicherweise so Heringe bei, wie Ihr jetzt auf dem Beamer seht. Die taugen nicht, die legt der Hersteller nur bei, weil die so günstig sind. Für zwei Wochen Camping-Urlaub mag das ja gehen, aber wir leben da jetzt ein paar Monate im Zelt, da werden wir auch so zwei, drei Stürme überstehen müssen, da brauchen wir Besseres. Ihr investiert also noch mal so 20,- Euro und besorgt Euch etwas in der Liga, wie Ihr es jetzt auf dem Beamer seht. Weg gewehrte Zelte sind eher unspektakulär, insbesondere dann, wenn das vielen passiert, können wir das auch nicht mehr mit Solidarität ausgleichen.

Langer Rede kurzer Sinn: richtige Heringe. Bitte. So, und nun gut aufpassen. Wirklich gut aufpassen. Auch diejenigen dort hinten, die da gerade Privatgespräche führen. Gut aufpassen: Diese Billig-Heringe nehmt Ihr bitte trotzdem mit, und zwar in das Handgepäck. Die sammelt Ihr bei dem Teilnehmer, der rechts vorne im Bus sitzt. Wenn Ihr unten angekommen seid, dann greifen wir als Erstes diese Billig-Heringe, fahren sie per Fahrrad-Kurier zu den Dörfern, auf dass dort mit Flatterleine die Plätze für die Zelte angezeichnet werden können. Das muss in der Zeit geschehen, in der Ihr das Gepäck ausladet, auf den Trecker verladet und dann in Euer Dorf lauft. Das muss also flutschen, damit Ihr dann mit Zeltaufbau beginnen könnt, wenn Ihr in Eurem Dorf angekommen seid.

Also nochmals für alle: Billig-Heringe mit in den Bus, beim Teilnehmer vorne rechts abgeben, der sammelt die, und das Erste, wenn unten die Türen aufgehen, ist, dass Ihr die Heringe abgibt. Apropos Ankunft: Der Herr, der da gerade neben mich getreten ist, ist der Hase, Ihr kennt ihn bereits als Teamleiter Strom und Internet. Jetzt steht er neben mir, weil es so eine orange Warnweste an hat. An solchen Warnwesten werdet Ihr bei Eurer Ankunft dann die Leute erkennen, die Eure Ankunft organisieren, und die Ihr auch mal etwas fragen könnt. Wenn Ihr kommt, wird der Bus entladen, damit der wieder heim fahren kann. Schaut bitte, dass Ihr wirklich alles mit aus dem Bus nehmt.

Und dann steht jeder mit einem Haufen Gepäck da und weiß nicht, wo es hingeht. Wir wollen das Gepäck auf den Trecker verladen, beziehungsweise auf den Hänger, der da dran hängt. Da passt wahrscheinlich nicht alles drauf, und deswegen laden wir das nach Dörfern getrennt auf. Aber wahrscheinlich für mehr als ein Dorf. Von daher ist nicht nur wichtig, dass an jedem Gepäckstück Euer Name dran ist, sondern auch das Dorf, in das Ihr kommt.

Nochmals, weil das wichtig ist: An jedes, und damit meine ich wirklich jedes Gepäckstück kommt Euer Namen und das Dorf. Wenn das Gepäck wegen fehlender Beschriftung im falschen Dorf landet, dann haben wir wirklich Spaß mit der Suche, weil wir ja auch noch kein Netz und damit nur eingeschränkte Kommunikation zwischen der Dörfern haben. Also bitte Name und Dorf auf jedes Gepäckstück.

Ich habe eben erwähnt, dass der Teilnehmer rechts vorne die Heringe einsammelt. Der hat noch eine andere Aufgabe: Der führt die Teilnehmerliste. Ein Formular wird in jedem Bus ausliegen, ein Stift auch. Es trägt sich jeder Teilnehmer dort leserlich, in Worten L E S E R L I C H mit lesbaren Namen, lesbarer Teilnehmernummer und lesbarem Dorf ein. Wir werden diese Liste zusammen mit den Billig-Heringen einsammeln und das mit unserem Teilnehmer-Register abgleichen. Und auch abgleichen mit den Leuten, die in den Dörfern sind. Nach Adam Riese müssten die Leute in den Bussen dann später auch die Leute in den Zelten sein.

Wir machen das nicht nur, weil wir gegenüber TeleGermania nachweisen müssen, wie viele wir sind, sondern auch, damit uns niemand verloren geht. Wenn jemand sich beim Marsch in sein Dorf den Fuß verknackst und nicht mehr weiter gehen kann, dann muss das auffallen, damit wir den überhaupt suchen.

Ansonsten betrachten wir an den Anreisetagen alles als Gemeinschaftsaufgabe. Wenn jemand noch nicht sein Zelt aufbauen konnte, weil er für den Küchendienst geholt wurde, dann helfen dann alle in der Umgebung mit, das Zelt aufzubauen, auch wenn der Tag bereits lang war. Wenn jemand Schwierigkeiten damit hat, sein Zelt aufzubauen, dann helfen die, die das besser können. Wenn die Küchen jemand brauchen, der beim Abwasch hilft, dann ist sich bitte auch keiner zu fein dazu. Und so weiter und so fort. Persönliche Freiheit und auch Freizeit haben auch ihre Berechtigung, aber nicht an den Anreisetagen, da ist vor allem wichtig, dass es funktioniert.«
»Danke UKW.

Wenn wir jetzt gleich diese Versammlung beenden, dann setzen sich Alina, Natalia und Hase in den Zug, fahren nach Berlin, laden dort den ersten LKW voll und fahren nach Moldawien. Kurz: Auch wen es für Euch noch zwei Wochen sind - die Zeit der Vorbereitung ist nun zu Ende. Es geht jetzt los.«